

Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad, Chronik und Anzeigenblatt
für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags.
Bezugspreis v. 15.—21. November: 140 Milliarden
frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im
inlandsverkehr ... zugl. Postbestellgeld.
Einzelnummern 29500 000 M. Girokonto 50 b. d.
Oberamtspostkasse Reudenbühl, Zweigstelle Wildbad.
Bankkonto: Enztalbank Komm.-Ges. Haberle u. Co.
Wildbad, Postfachkonto Stuttgart Nr. 29174.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Zeile oder deren
Raum i. Bez. Grundpr. 120.—, an derh. 15 einchl. Inf.-
Stener. Reklamezeile 30 % Schlüßel, 1000 Milliarden
Kabat nach Tarif. Für Oper. u. d. Kunstverteilung
werden jew. 1 Milliarde mehr berechnet. Schluß der
Anzeigenannahme: täglich 8 Uhr vorm. In Konfurs-
fällen oder wenn gerichtliche Beitreibung notwendig
wird, fällt jede Nachlagewährung weg.

Druck der Buchdruckerei Wildbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung Th. Gae in Wildbad.

Nummer 274

Beim 179

Wildbad, Freitag, den 23. November 1923

Beim 179

58. Jahrgang

Internationaler Währungsverfall

Die deutsche Währung ist zerrüttet. Aber auch die Währungen der übrigen europäischen Länder sind im Verfall begriffen. Die Frage der Währungsreform wird auch in anderen Ländern dringend, so in Dänemark und Norwegen. Der internationale Währungsverfall ist zwar ein schwacher Trost für Deutschland, aber wenn sich die Weltwirtschaft vor Augen führt, daß nicht zum wenigsten die Zerrüttung der deutschen Wirtschaft als Folge der Besetzung des Ruhrgebiets durch die Franzosen diesen Währungsverfall beschleunigt hat, dann sollte der Gedanke nicht fern liegen, zu versuchen, die Ursachen zu beseitigen.

Zunächst schien es, als ob die außerdeutsche Volkswirtschaft von der Besetzung des Ruhrgebiets Vorteile ziehen würde. Tatsächlich trat auch besonders in England eine Belebung des Wirtschaftslebens ein, so in der Kohlenindustrie. Die Arbeitslosigkeit ließ nach. Bald aber zeigte sich international, daß das Ausschneiden eines so starken Verbrauchers wie Deutschland als Käufer auf dem Weltmarkt ein Nachteil für die internationale Wirtschaft bedeutet. Seinen deutlichen Ausdruck findet dies in dem Rückgang der internationalen Wechselkurse.

Am auffälligsten kann die Entwertung bezeichnet werden, die das englische Pfund erfahren hat. Besonders bemerkenswert insofern, als der vorjährige Staatshaushalt Englands noch einen Ueberschuß zur Verminderung der Staatsschuld brachte und auch das Schuldenregelungsabkommen mit den Vereinigten Staaten getroffen wurde. Nur noch 88 Prozent des Friedenswerts hat das Pfund dem Dollar gegenüber, der als der Wertmesser aller Währungen betrachtet werden muß, obwohl seine innere Kaufkraft in den Vereinigten Staaten gleichfalls stark gesunken ist, wie der um etwa 60 Prozent über den Friedensstand erhöhte allgemeine Warenpreisstand erkennen läßt. Besonders in den letzten drei Wochen hat die Entwertung des englischen Pfunds starke Fortschritte gemacht. Gefördert wurde dies besonders durch das Bestreben einer Gruppe, auch in England den Weg der Papiergeldvermehrung zu beschreiten, um dadurch die Ausfuhr anzuregen. Die Schutzzollbestrebungen, die dem Ausland die ungünstige Lage der englischen Wirtschaft darbieten, trugen zu dem Rückgang bei. Es senden große Abgaben von Pfundguthaben in der ganzen Welt statt und Tausch gegen Dollar, um einer noch weiteren Entwertung aus dem Wege zu gehen.

Von den skandinavischen Ländern sind die Währungsverhältnisse Schwedens ziemlich fest. Vorübergehend war dessen Währung sogar hochwertiger als der Dollar. Dänemark und Norwegen lassen dagegen eine fortwährende Verschlechterung erkennen. Bestrebungen, die Valuta zu stärken, sind in diesen Ländern im Gang; in Dänemark ist bereits ein Stützungsfonds geschaffen worden, welche Maßnahme vorübergehend eine Erleichterung hervorrief, die inzwischen aber wieder einer Verschlechterung Platz gemacht hat. Norwegen leidet durch die geringere Ernte und braucht zur Beschaffung von Getreide fremde Zahlungsmittel. Holland ist ebenfalls in den Währungsverfall hineingezogen worden, auch hier fanden Verwandlungen in Dollar statt. Der Schweizer Franken bewegt sich gleichfalls in sinkender Richtung. Mehr noch gilt dies von dem französischen Franken, mit dem der belgische Franken, der noch etwas unterwertiger ist, in der Entwertung gleich geht.

Größere Käufe in amerikanischen Rohstoffen haben in den letzten Tagen die Nachfrage nach dem Dollar noch verstärkt. Die Kaufkraft der europäischen Länder muß aber schließlich durch den Währungsverfall beeinträchtigt werden. Dies übt seine Wirkung in erster Linie auf eins der Hauptrohstoffländer der Welt, auf die Vereinigten Staaten, aus. Anlaß der Sorge in Europa Beachtung zu schenken, sollte also für die nordamerikanische Union vorliegen.

Eine bedeutsame Folge hat übrigens die starke Schwankung der internationalen Wechselkurse: sie bilden eine große Erschwerung des Güterausstausches der einzelnen Länder unter sich; wenn beispielsweise das Pfund entwertet, treten bei Geschäften auf Sterlingrechnung Verluste ein. Immer mehr wendet man sich international einer Standardwährung zu, und das ist jetzt der Dollar. Vor dem Krieg war es das Pfund.

Zwei Notizen der Botschafterkonferenz

Paris, 22. Nov. Die Botschafterkonferenz einigte sich in der gestrigen Abend Sitzung, folgende zwei Notizen an die Deutsche Reichsregierung zu richten.

Militärische Ueberwachung

Die Konferenz stellt fest, daß die Deutsche Reichsregierung in dem Versuch fortfahre, sich tatsächlich der im Friedensver-

Tagespiegel

Das Reichskabinett hielt nach einer Berliner Korrespondenz am Donnerstag vormittag eine Sitzung, in der u. a. die Frage der Aufhebung des passiven Widerstands beraten worden sein soll. Reichstagsabgeordneten gegenüber erklärte der Reichskanzler, die Regierung könnte einer von allen Verbündeten geforderten Wiederaufnahme der militärischen Ueberwachung zwar widersprechen, aber keinen Widerstand entgegensetzen. Die Regierung werde daher ihre grundsätzliche Bereitwilligkeit aussprechen, der Ueberwachung sich wieder zu unterwerfen, aber nochmals auf die Gefahr möglicher Zwischenfälle hinweisen.

In Reichstagskreisen verläuft, Reichskanzler Stresemann habe sich mit den Sozialdemokraten geeinigt. Der Ausnahmezustand solle zwar formell bestehen bleiben, doch soll der militärische Inhaber der Volksgewalt, General von Seeckt, geopfert werden. — Das Gerücht ist vorläufig nicht nachzuprüfen.

trag festgelegten militärischen Ueberwachung zu entziehen. Sie erklärte diesmal, daß die Ueberwachung die inneren Schwierigkeiten vergrößern und Zwischenfälle hervorrufen werde. Die Konferenz könne die Verlängerung eines so ernstlichen Zustands, wie er — nach längerer Unterbrechung der Ueberwachung — in Deutschland jetzt eingetreten sei, nicht zulassen, zumal sie Gründe habe, zu fragen, ob nicht der Mangel an Ueberwachung diese Verhältnisse begünstigt habe, über die die deutsche Regierung sich beschwere. Die verbündeten Regierungen können übrigens nicht zugeben, daß die Wiederaufnahme der Ueberwachung an sich eine neue Ursache für Schwierigkeiten und Zwischenfälle sei. Die Ueberwachungskommission und der Sicherheitsausschuß können selbst entscheiden, was sie in jedem Fall in ihren Handlungen für durchführbar halten. Die Reichsregierung halte nach den Vertragsbestimmungen der Kommission ihre Aufgabe in jeder Weise zu erleichtern. Die verbündeten Regierungen haben daher beschlossen, die militärische und Luftfahrtüberwachung unverzüglich wieder aufzunehmen unter den Bedingungen, die der deutschen Regierung durch die Vorsitzenden der beiden Kommissionen mitgeteilt werden. Falls sie auf Widerstand der deutschen Behörden oder Staatsbürger stoßen, behalten sich die verbündeten Regierungen, geeignete Maßnahmen vor, um die Ausführung des Friedensvertrags sicherzustellen.

Die Rückkehr des Kronprinzen

Die Botschafterkonferenz nimmt Kenntnis von den verschiedenen Mitteilungen der Deutschen Reichsregierung, daß dem ehemaligen Kronprinzen die Erlaubnis zur Rückkehr nach Deutschland erteilt, daß der Kronprinz auf seine Rechte auf die preussische und kaiserliche Krone verzichtet und daß die Regierung dem früheren Kaiser die Rückkehr verweigert habe. Die Konferenz stellt fest, daß die deutsche Regierung die Verzichtleistung des Kronprinzen vom 1. Dezember 1918 anerkannt habe und nicht umstoen könne; daß ferner die Regierung die Rückkehr gestatte habe, trotzdem ihr habe bekannt sein müssen, daß die von ihr beklagten inneren Schwierigkeiten durch die Rückkehr vermehrt werden und auch nach außen schwerwiegende Folgen entstehen können. Die verbündeten Regierungen machen daher die Reichsregierung für alle Folgen voll verantwortlich, die aus dem Aufenthalt des Kronprinzen in Deutschland erwachsen können und die gegebenenfalls die Verbündeten veranlassen werden, gemeinsame Maßnahmen zu ergreifen.

In Rom soll Befriedigung herrschen, daß die feste Unterstützung durch Mussolini es England ermöglicht habe, den englischen Standpunkt auf der Botschafterkonferenz durchzusetzen. Italien und England werden auch weiterhin sich den Versuchen, Deutschland aufzulösen, entgegensetzen.

Die Vertreter des Kleinen Verbands sollen in London Schritte getan haben, daß die Einheit unter den Verbündeten erhalten bleibe und daß gemeinsame Schritte gegen Deutschland unternommen werden, um dem Friedensvertrag Achtung zu verschaffen.

Neue Nachrichten

Vom Reichstag

Berlin, 22. Nov. Die sozialdemokratische Fraktion wird im Reichstag folgende Anträge einbringen: Die Verordnung über die Verminderung der Personalausgaben soll aufgehoben werden; die Regierung soll unverzüglich dem Reichstag den Gesetzentwurf zur Herabsetzung der Reichtumsabgaben vorlegen.

Die sog. Fraktion beantragt ferner, die am 17. November abgelaufene Demobilisierungsverordnung vom 17. Nov. 1918 (Einführung des achtstündigen Arbeitstags) sowie die ebenfalls abgelaufene Verordnung über die Arbeitszeit der Angestellten vom 18. März 1919 sofort wieder in Kraft zu setzen.

Die Bayerische Volkspartei hat den Antrag eingebracht, von der Reichsregierung die Vorlegung eines Gesetzentwurfs zu verlangen, nach dem die Weimarer Verfassung in bundesstaatlichem Sinn abgeändert werden soll. Bayern verlangt u. a. ein Genehmigungsrecht bei Offiziersnennungen in der bayerischen Reichswehr.

Die Wahlen zur bremischen Bürgerchaft

Bremen, 22. Nov. Das endgültige Wahlergebnis der Wahl zur bremischen Bürgerchaft in Bremen-Stadt und -Land ist 96 241 Stimmen für die bürgerlichen Parteien (gegen 91 554 Stimmen bei der Wahl im Februar 1921) und 78 799 Stimmen für die Sozialisten (84 862). Gewählt wurden: Deutschvölkische Freiheitspartei 7 (0), Deutschnationalen 12 (5), Deutsche Volkspartei 26 (30), Demokraten 16 (23), Zentrum 2 (2), Hausbesitzer 3 (0), Vereinigte Sozialdemokratische Partei 36 (51), Kommunisten 18 (6). Insgesamt erhielten die bürgerlichen Parteien 66 (63), die Sozialdemokraten und Kommunisten zusammen 54 (57) Sitze. Wahlberechtigt waren 212 000 Stimmen, abgegeben wurden rund 175 000. Die Wahlbeteiligung betrug 82,5 v. H. (84 v. H.).

Die Sache Zeigner

Dresden, 22. Nov. Der „Tel. u. Sachsendienst“ berichtet: In der Bestechungssache Zeigner ist eine große Anzahl Personen aus den verschiedenen Städten und Ortschaften Sachsens verwickelt, darunter ein Dresdener Großkaufmann, der wegen großer „Schiebereien“ zu 10 Monaten Gefängnis verurteilt, von Zeigner aber ebenfalls begnadigt worden war. Die Fraktion der Deutschen Volkspartei hat im sächsischen Landtag den Antrag eingebracht, einen Untersuchungsausschuß einzusetzen, der feststellen soll, wie weit die verdächtige Tätigkeit Zeigners sich ausgedehnt habe und welche Beamte usw. dabei mitgewirkt haben.

Nach den A. N. R. ist Zeigner verhaftet worden, da Flugverdacht vorlag.

Säuberung der sächsischen Staatspolizei

Dresden, 22. Nov. Das Wehrtreiskommando 3 hat zufolge seiner Verfügung, daß die Polizei nicht unter Parteigesichtspunkten gebildet sein dürfe, eine Anzahl höherer Beamten und Offiziere des Polizeipräsidiums Dresden, sowie 15 Regierungskommissare bis auf weiteres ihrer Dienststellen entzogen, da sie nach ihrer Vergangenheit, ihren Anschauungen und ihrer Betätigung im Dienst sich als Angehörige der linksradikalen Richtung erwiesen haben.

Kampf gegen die Nationalsozialisten

München, 22. Nov. Dietrich Eckhardt, einer der einflussreichsten Nationalsozialisten in München, ist nach dem Wiesb. Anz. verhaftet worden. — Die Wochenchrift „Friedicus“ die eine Unterredung eines ihrer Schriftleiter mit General Ludendorff veröffentlicht hatte, wurde auf drei Wochen verboten.

Die Rentenmark im besetzten Gebiet

Köln, 22. Nov. Die Rheinlandkommission hat, wie bereits berichtet, die neue Rentenmark im allbesetzten Gebiet zugelassen (der Verkehr in Reichsgeldscheine bleibt nach wie vor verboten), dagegen ist die Anwendung des Reichsrentenmarktschetzes untersagt. Der Grundbesitz und die Industrie im besetzten Gebiet dürfen also nicht mit Hypotheken für die Rentenmark belastet werden. Daraus ergibt sich, daß das wertbeständige Geld wohl ins besetzte Gebiet hinübergebracht werden darf, daß aber dafür nichts ins unbesetzte Deutschland herüberkommt. Die Haftung für die im besetzten Gebiet umlaufende Rentenmark hat also einseitig das unbesetzte Gebiet zu tragen. Ein schlechtes Geschäft.

Ausdehnung der französischen Bahnverwaltung

Essen, 22. Nov. Nach Blättermeldungen haben die Franzosen sämtliche Eisenbahnstrecken des Direktionsbezirks Essen in Verwaltung genommen; alle Eisenbahner des Bezirks sollen der französischen Verwaltung unterstellt sein. Auf den neu beschagnahnten Linien liegt der Güterverkehr still.

Die Ablösung der belgischen Truppen an der Ruhr ist auf 11. Dezember verschoben worden. Die Division von Antwerpen wird an die Ruhr kommen.

Absperrung der besetzten Gebiete?

Karlsruhe, 22. Nov. Die Lebensmittelgroßhandlungen in Elßaß-Lothringen sind angewiesen worden, alle verfügbaren Waren ins besetzte Gebiet zu liefern; ins unbesetzte

Deutschland, besonders nach Baden, darf nichts abgegeben werden. Dagegen versuchen die Agenten, möglichst viele Lebensmittel, namentlich Zucker, nach dem besetzten Gebiet zu bringen. Man schließt daraus, daß eine neue Absperrung der besetzten Gebiete vom Reich geplant sei.

Die Sonderbündler haben dem Bezirksamt Ludwigshafen mitgeteilt, daß die Stadt besetzt werden solle.

Die Lebensmittelanleihe

Berlin, 22. Nov. Durch Vermittlung des Bankiers Warburg ist nach eingegangener Meldung in Hamburg die Auslandsanleihe zur Beschaffung von Lebensmitteln abgeschlossen worden. Die Anleihebedingungen sind schwer und die Lebensmittelpreise sehr hoch, sodaß vorerst nicht an die Verwendung der Baux zu denken sei. Sie sollen bis zur Bezahlung in Hamburg unter Verschluss gehalten werden.

Kämpfe an der Wiener Universität

Wien, 22. Nov. Seit letzten Freitag sind hier wieder Streitigkeiten zwischen der deutschösterreichischen Studentenschaft und den jüdischen Studierenden ausgebrochen. Es kam zu schweren Schlägereien in der Universität. Der Rektor hat die Universität bis auf weiteres geschlossen. In der Universität in Graz kam es zu ähnlichen Zusammenstößen.

Deutscher Reichstag

Rede des Reichskanzlers

Berlin, 22. Nov.

Zu Beginn der Sitzung (1.30 Uhr) erklärt Präsident Löbe, daß der Abg. Kemmle wegen wiederholter Weigerung, sich den Anordnungen des Präsidenten (Verlassen des Saals) zu fügen, ausgeschlossen sei. Kemmle hatte heute zweimal versucht, in das Reichstagsgebäude einzudringen, er wurde aber von den Beamten nicht eingelassen.

Hierauf ergreift Reichskanzler Dr. Stresemann das Wort (die Kommunisten rufen: Reichstrümmerei!): Die Reichsregierung weicht der Entscheidung des Reichstags über Vertrauens- oder Mißtrauenserklärung nicht aus. Der jetzige Träger der französischen Politik Poincaré hat es fertig gebracht, die Grundlagen für die gesamte politische und soziale Zertrümmerung Deutschlands zu schaffen. Da ist es erklärlich, wenn die Entwicklung in Deutschland den Gegenständen zutreibt. Der Kommunismus zieht seine festen Stützen aus dem Elend des Volks, der Rechtsradikalismus aus der Politik der fortgesetzten nationalen Demütigungen, denen bisher jede deutsche Regierung ausgeführt war. Wenn man glaubt, daß das konstitutionelle Leben Deutschlands in der Auflösung begriffen sei, so ist das gerade die Wirkung dieser Politik. (Lärmende Zwischenrufe bei den Kommunisten; Präsident Löbe erteilt dem Abg. Hällein eine Rüge.) Das Parlament hat es herrlich weit gebracht, wenn seine Mitglieder die Achtung vor dem Parlament selbst untergraben. (Erneute lärmende Unterbrechungen bei den Kommunisten.)

Der Abg. Hergt hat gesagt, daß die auswärtige Politik der Regierung ein einziger Mißerfolg gewesen sei. Die innere Lage ist zweifellos hoffnungslos; auch ich sehe keinen Weg, oorläufig diese trostlose Lage zu bessern. Der Redner wendet sich gegen den Vorwurf, daß die Regierung mit Frankreich Verhandlungen versucht habe; Rhein und Ruhr seien viel zu wertvoll, als daß nicht alle Verhandlungsmöglichkeiten erschöpft werden mußten. Aber alle Verhandlungen seien vergeblich gewesen. Der erneute Versuch, die Entschädigungsfrage in einer internationalen Sachverständigenkonferenz zu lösen, sei zu begrüßen. Deutschland ist die offene Wunde am Körper Europas. Der Gedanke der Ver. Staaten von Europa, von dem der Abg. Wels sprach, ist zu eng gefaßt. Wenn in Europa vom Rhein bis zum Ural nur kaufarme Völker leben, so muß das auf die gesamte Weltwirtschaft seine Rückwirkung haben. Wir müssen versuchen, aus eigener Kraft zu stabilen Verhältnissen zu gelangen. Unermüdet hat die Regierung versucht, Verhandlungen über die Wiederherstellung des Wirtschaftslebens im besetzten Gebiet in Gang zu bringen. Selbstverständlich konnte die Aufgabe des Widerstands nicht gleichbedeutend sein mit dem Aufgeben finanzieller Hilfe für das besetzte Gebiet. Wir haben den Nachweis erbracht, daß alle Verordnungen zurückgezogen seien, sind aber bis heute damit nicht durchgekommen. Das ist ein Skandal in

den Beziehungen der Völker. (Stürmische Zustimmung.) Die Frage der Arbeitszeit hat gar keine Rolle gespielt. Dafür gelten nur die deutschen Gesetze. Wenn der erste Tag der Verhandlungen noch keine Instruktionen der Reichsregierung vorlag, so lehne ich die Verantwortung hierfür ab, da das Kabinett sich in der Demission befand. Die Herren, die Kabinettskrisen zu einer dauernden Einrichtung machen, müssen die Folgen tragen, wenn die Regierung nicht handlungsfähig ist. In unseren Instruktionen haben wir uns bereit erklärt, die Garantien zu übernehmen, für die Kohlenlieferungen der Industrie an Frankreich und Belgien und für die zu zahlende Kohlensteuer. Der Tag, an dem die Hunderttausende von Bergarbeitern und andere Arbeiter wieder zur Arbeit zurückkehren könnten, würde für jeden, der ein Herz im Leib hat, ein Tag der Befriedigung sein. Aber es war unmöglich, durch eine Unterchrist der Reichsregierung auch noch den Ruhebruch anzuerkennen. Außerst töricht und auswendig demagogisch sei es, von einer Schuld der Sachwerbestitzer zu reden. (Lebhafte Zustimmung rechts und in der Mitte.) Man will uns dadurch vor der Welt ins Unrecht setzen, während wir die Welt anrufen wollen zu einem gerechten Urteil.

Politik ist leider heute vielfach zu einem Gegenstand der Währungsentwicklung geworden. Wenn man Ordnung der Finanzen verlangt, kann man nicht den Beamtenabbau kritisieren. (Widerpruch rechts.) Wir werden ganz entschieden, vielleicht mit Brutalität, gegenüber dem Einzelnen vorgehen müssen. Ohne die baldige Lösung der Arbeitszeifrage ist die Gesundung unserer Wirtschaft überhaupt unmöglich. Die riesige Arbeitslosigkeit im besetzten Gebiet ist doch schließlich nur eine Folge des Diktats von Paris, das die Wiederaufnahme der Arbeit verhindert. Von einer Zerreißung des Pariser Vertrags durch Deutschland könne man nicht sprechen. Er werde von ganz anderer Seite zerrissen. Ein Ruhen der Leistungen aus dem Vertrag allerdings sei unvermeidlich, denn es sei unmöglich, eine Politik zu führen, die das eigene Volk hungern läßt. Wir haben alles getan, um den Beträgen (der Industrielles) zur Annahme zu verhelfen. Die Verhandlungen gehen Tag für Tag weiter. (Zurufe links: Stinnes!) Was geht mich Herr Stinnes an? Ich habe nie auf ihn Rücksicht genommen und werde es auch niemals tun. Nicht Herr Stinnes ist Führer der Partei, sondern ich. Die Regierung denke gar nicht daran, auch nur einen Augenblick den Kampf an Ruhr und Rhein aufzugeben. (Die Rede geht weiter.)

Die Milchversorgung der Städte

In einem Aufruf wendet sich der Militärbefehlshaber, Herr General Reinhardt, an die landwirtschaftliche Bevölkerung, die Milchlieferung in die Städte zu steigern. Die unterzeichneten landwirtschaftlichen Organisationen möchten ihrerseits ebenfalls die dringende Bitte an ihre Berufsge nossen richten, mit allen Mitteln auf die Beseitigung der Milchnot hinzuwirken. In den Städten erhalten nur noch Kinder unter 2 Jahren Milch. Es ergeben sich daraus nicht nur große Gefahren für die Gesundheit unseres Volks, sondern auch nach mancherlei anderen Richtungen. Nachdem nunmehr von Seiten der Verbraucher wenigstens der Grundsat z anerkannt wurde, daß eine rechtzeitige Bezahlung der Milch in werbeständigem Geld schon in aller nächster Zeit statzufinden hat, ist wohl endlich der Zeitpunkt gekommen, an dem die Milchwirtschaft für den Erzeuger keine Verluste mehr bringt. Unter diesen Umständen glauben wir noch einmal die Landwirte zur Steigerung der Milchherzeugung auffordern zu sollen. Nun wissen wir allerdings, daß diese Steigerung nicht von heute auf morgen möglich ist und daß das, was durch verkehrte Regierungsmassnahmen zugrunde gerichtet wurde, nicht in wenigen Monaten aufgebaut werden kann; aber es fehlt augenblicklich so viel auf dem Spiel, daß uns die Frage, wie in der aller nächsten Zeit der Milchnot abgeholfen werden kann, viel wichtiger erscheint, als rückschauende Betrachtungen über verfehlte Maßnahmen. Es gilt jetzt einfach, hungernden Kindern, armen Kranken und matten, gebrechlichen Greisen, die an diesen Maßnahmen unschuldig sind, zu helfen. Und deshalb richten wir an unsere Landwirte die erste und eindringliche Bitte, unter Zurückstellung aller Verärgerungen und auch unter Zurückstellung von berechtigten eigenen Bedürfnissen die Milchlieferung schon in den nächsten Wochen zu steigern. Jeder-

mann wolle, welche ernstlichen Zeiten wir entgegengehen. Es ist Pflicht aller einsichtigen und weiterblickenden Landwirte und Landfrauen, in Würdigung dieser Verhältnisse leidende Volksteile nach Möglichkeit zu unterstützen.

Württemberg. Landw.-Kammer. Landw. Hauptverband f. Württemberg u. Hohenz. Verband landw. Genossenschaften in Württemberg. Zentralgenossensch. d. Schwab. Bauernv. Ulm.

Württemberg

Stuttgart, 22. Nov. Vom Landtag. Im Ausschuss für innere Verwaltung wurde ein Gesetzentwurf beraten, der in Anlehnung an die reichsgesetzlichen Bestimmungen über den Verkehr mit landwirtschaftlichen Grundstücken für den Verkehr mit dem städtischen Grundbesitz eine Genehmigungspflicht für den Verkauf einführen will. Ein Vertreter der demokratischen Partei sprach gegen den Gesetzentwurf. Ein sozialdemokratischer Abgeordneter meinte, der Spekulation solle durch Erhöhung der Umsatzsteuer begegnet werden. Justizminister Beyerle erklärte, die Reichsregierung habe ein solches Gesetz in Aussicht gestellt. Die Verkäufe an Ausländer und aus Spekulation seien in Württemberg in den Jahren 1921/22 besonders häufig gewesen. Im Jahr 1923 seien bis jetzt 191 Fälle bekannt geworden. Nachdem noch weitere Redner die Durchführbarkeit des Gesetzes bezweifelt hatten, wurde die weitere Beratung ausgesetzt, um den Fraktionen eine Stellungnahme zu ermöglichen.

Der Ausschuss genehmigte die Erhöhung der Entschädigung von 4 auf 6 des gemeinen Wertes verendeter Tiere für Rinder, die wegen Erkrankung an Maul- und Klauenseuche vom Besitzer geschachtet worden sind, nachdem der Tierarzt sie für voraussichtlich unheilbar erklärt hat. Die Gesamtschädigung darf den gemeinen Wert des Tiers nicht übersteigen. Ein Antrag der Abg. Taxis und August Müller, jährlich zwei Tierbestandsaufnahmen zu machen, wurde wegen der damit verbundenen Kosten abgelehnt, dagegen ein Zusatz zu Art. 5 angenommen, daß, um besondere Härten zu vermeiden, in Ausnahmefällen angezeigte Veränderungen des Tierbestands bei der Festsetzung der Beitragleistung zur Viehseuchenschädigung berücksichtigt werden können.

Stuttgart, 22. Nov. Richtigstellung. Entgegen der sozialdemokratischen Behauptung, der Maschinengewehrdiebstahl in Freudenstadt sei das Werk von Volkspizeln, wird von zuständiger Stelle mitgeteilt, daß dies keineswegs der Fall, vielmehr ausschließlich das Werk von Angehörigen der kommunistischen Partei ist, und daß fünf an dem Diebstahl beteiligte Personen ihre Mittäterschaft bereits eingestanden haben und festgenommen worden sind, nämlich Zugabfertiger Wilhelm Wörner, Glasbläser Karl Finkbeiner, Glasmacher Hermann Kaupp, Zimmermann Friedrich Wälde und Glasmacher Karl Sigwart von Freudenstadt. Der Diebstahl wurde im engsten Einvernehmen mit der Ortsleitung der kommunistischen Partei in Freudenstadt ausgeführt. In Schwenningen waren auch keine Volkspizeln am Werk. Dort hatte eine verbotene kommunistische Kampforganisation ihren Sitz und es wurde ein Zusammenhang der oberbairischen mit den Schwenninger Kommunisten festgestellt. In Börrach wurde z. B. ein kommunistischer Kurier aus Schwenningen verhaftet, der in seiner Unterkleidung einen beträchtlichen Devisenbetrag versteckt hatte, der für Waffenaufläufe bestimmt war.

Der Brotpreis wurde wieder erhöht und es kostet das Kilo 85prozentiges Versetzungsbrod 420, 75prozentiges Schwarzbrot 580, Weißbrot 740, ein Weizen 45 Milliarden Mark.

Über 5000 Arbeitslose. Die Zahl der Unterstützung beziehenden Erwerbslosen im Stadtbezirk Stuttgart betrug zu Beginn des November 3181 männliche und 376 weibliche, zusammen 3557 Personen. Am 15. Nov. waren vorhanden 4600 männliche und 586 weibliche, zusammen 5186 Personen.

Beislagnahme. In der Druckerei der „Südd. Arbeiterzeitung“, die vom Militärbefehlshaber bis 28. November verboten ist, wurde bei einer Hausdurchsuchung durch die Polizei festgestellt, daß verbotenerweise als Ersatz ein Nachrichtenblatt hergestellt wurde. Die ganze Auflage wurde beschlagnahmt. Der verantwortliche Herausgeber, der kommunistische

Aus Münchens guter alter Zeit

(Lex mihi ars — Die Kunst mein Gesetz)

Musikroman von Dr. Hans Fischer-Hohenhausen.

84) Nachdruck verboten.

„Deine ritterliche Gesinnung in allen Ehren — vor dem Gesetz bist Du noch ein Unmündiger und die Frau muß damit rechnen, daß Briefe, die sie an Dich richtet, befugterweise von Deinen Eltern geöffnet und gelesen werden. Alles weitere ergibt sich von selbst.“

Wieder zuckte der Sohn. Da wurde die Mutter energisch:

„Wenn Du nicht Manns genug bist, ein Ende zu machen in dieser Sache, dann muß ich dem Vater den Brief übergeben. Der braucht ihn bloß dem Advokat Fischer zu bringen, der Herrn Ritschal vertritt! Dann bist Du aber selbst schuld, wenn das Verhältnis zwischen Dir und ihr grausam zerrissen, statt scheidlich-friedlich gelöst wird.“

Sie hatte ihre Stimme jetzt erhoben und war zornig geworden. Mit matter Stimme hauchte Richard:

„Also in Gottes Namen, schreib Du und laß' mich lesen!“

Sofort ging die Mutter an ihren Schreibtisch und begann:

Sehr geehrte Frau Ritschal!

„Verzeihen Sie einer geängstigten Mutter, welche durch die Ereignisse der letzten Woche fast auf den Boden niedergedrückt ist, wenn sie Sie flehentlich bittet: Lassen Sie mir meinen Sohn! In meiner namenlosen Angst um ihn habe ich den Brief geöffnet — gesehlich bin ich dazu berechtigt, da mein Sohn noch nicht einmal achtzehn Jahre alt ist —, den Sie an ihn geschrieben. Ich bedauere aufs tiefste, daß Sie junge Frau in Ihrer Ehe so traurige Erfahrungen machen, kann aber unter keinen Umständen dulden, daß mein unmündiger Sohn die Brücke bilden soll, über die sie

ihren Mann los werden wollen. Mein Sohn sitzt noch auf der Schulbank! Wissen Sie, daß Sie sein ganzes Leben verpfuschen, wenn er Ihrethalben die Schule verläßt? Sie hätten auch gar keinen Vorteil davon. Denn mein Mann würde die Hilfe der Behörden in Anspruch nehmen und seinen Sohn zwangsweise holen lassen, solange derselbe das einundzwanzigste Lebensjahr noch nicht vollendet hat! Bis dahin sind aber noch über drei Jahre und in diesen drei Jahren haben sich Ihre Auffassungen wohl ebenso geändert, wie sich die meines Sohnes geändert haben werden.“

Jedenfalls rate ich Ihnen, tun Sie nichts, was meinem Sohn schaden könnte; sonst wäre ich gezwungen, Ihren Brief an meinen Mann weiter zu geben, und der würde wohl keinen Augenblick zögern, ihn zu den Gerichtsakten zu geben. Das Recht dazu hat er.

Hochachtungsvoll

Frau Kammermusiker Strauß“.

„Nach, was Du für gut ändest, Mutter!“ sprach mit zitternder Stimme der Junge. „Ich habe gefehlt! Verzeih' mir!“

Mutter und Sohn umarmten sich stumm.

Fünf Minuten später war der Brief im Postkasten.

Heute war der große Tag, an welchem der erste Termin in Sachen Ritschalcontra Ritschal stattfinden sollte — zwar ein sogenannter Sühnetermin — aber doch der erste Schritt zur Lösung der Ehe. Keine Macht der Erde sollte sie zu ihrem Mann zurückbringen! Daran änderte auch der Absagebrief von der Mutter ihres Geliebten nichts; sie kannte ihn doch! Dem war ihr Brief jedenfalls unterschlagen worden! Der sollte nicht kommen, wenn sie ihm rief! Wenn sie nur erst ihren Ehetyrannen los war!

Unter solchen Gedanken schritt sie zum Augustinerstock, wo damals ein Teil der Münchener Gerichte untergebracht war. Bekommen trat sie mit der Vorladung in der Tasche

in das dunkle alte Gebäude — ein ehemaliges Kloster — mit seinen endlos langen Gängen und meterdicken Mauern, in dessen unteren Teil niemals ein Sonnenstrahl drang.

Unwillkürlich klopfte ihr das Herz und sie hielt den Atem an, als sie drin war — welche eine Kerkerluft, selbst dem ausgekochten alten Verbrecher unheimlich, dem Neuling aber eisfalten Grauen erregend. Bis sie sich nur zurecht gefragt hatte!

Im Wartezimmer ging's lebhaft zu. Nebenan hatten die Verhandlungen schon begonnen. Sie sah sich im Kreise um und sah zu ihrem Erstaunen eine ganze Anzahl bekannter Gesichter; vor allem Herrn Schübel und seine Frau, geborene Meysenheim, die vor einigen Jahren die Lieder des jungen Strauß erstmals öffentlich gesungen; in der Ehe schien es also auch Mißheiligkeiten zu geben. Und dort saß in einer Ecke Professor Venbach, und in einer andern seine Frau, geborene Gräfin von Wolke! Weiter erblickte sie Professor Kaufbach — man erzählte sich von ihm seit Monaten, daß er sich von seiner Frau scheiden lassen wolle, um Fräulein Stotta zu heiraten — dort wieder sah sie den Hauptmann Kristmann, — oh, oh! — Dazwischen Dämchen mit äußerst zweifelhaftem, manchmal sogar unzweifelhaftem Neuzeren. Freche Blicke aus übernächtigen Augen und geschminkten Gesichtern richteten sich auf sie. Da ging sie auf Frau Meysenheim zu; Schon die Neugierde trieb sie, zu erfahren, was die hier suchte. Letztere war ebenfalls neugierig, wie ihre Ehescheidungsache stünde, und bald waren die beiden Damen in lebhaftem Gespräch, was ihnen über das Peinliche der ganze Lage etwas hinweghalf.

„Ach! Wenn's sonst nichts ist!“ hörte man die Meysenheim. „Mit dem Prügel werden Sie nicht viel Glück haben.“

„Das allein ist's auch nicht!“

„Weiß schon — der junge Richard Strauß“, sicherte Frau Meysenheim boshaft.

„Nein, nein!“

(Fortsetzung folgt.)

abgeordnete Vertreter und das ganze bei der Herstellung und dem Versand beschäftigte Personal wurden festgenommen. **Chlingen, 22. Nov.** Brot für Kleinrentner. Die Zwangsinnung der Bäckermeister hat beschlossen, zur Linderung der Notlage der Kleinrentner dadurch beizutragen, daß jeder Bäckermeister vier Laib Brot zur Abgabe an die Kleinrentner kostenlos zur Verfügung stellt.

Heilbronn, 22. Nov. Eine Anfrage an die württ. Regierung. Landgerichtsdirektor Speidel erläßt im „Heilbronner Generalanzeiger“ folgende Erklärung: Der württ. Beamten- und Lehrerstand war schon im Frieden der schlechtest bezahlte in Deutschland. Er hat gearbeitet und gedurft, ohne zu klagen. Sein Recht auf vierteljährliche oder monatliche Zahlung hat er bei der Not des Landes drangegeben. Nun aber ist das Maß voll. Wir erhalten die Gehaltszahlungen fast nie zur Zeit, sondern nur mit Verspätungen, die den Wert des Gehalts manchmal bis zur Hälfte kürzen. Ich möchte mehrfache Zusagen, die wohl nur zur Beruhigung und nicht in der Absicht, sie zu halten, gegeben worden sind, hat noch keiner von uns wertbeständiges Geld erhalten. Dieses wird in Berlin zurückgehalten zum Zweck weiterer wirtschaftlicher Ausbeutung und Erdrosselung des deutschen Volkes. Die württembergische Regierung weiß das. Im Namen des Volkes frage ich bei der Regierung an: Welche Schritte hat sie unternommen, um diesem neuen Verbrechen an deutschen Volke zu begegnen? Im Namen der württ. Beamten- und Lehrerschaft frage ich bei der württ. Regierung an: 1. Werden von der verspäteten Auszahlung des Gehalts ohne wertbeständiges Geld alle Beamten vom Staatspräsidenten und den Ministern an gleichmäßig betroffen oder nur einzelne Kategorien derselben und welche? 2. Geben die württ. Regierung den den Betroffenen durch die verspätete Auszahlung erwachsenen Schaden freiwillig zu ersetzen oder will sie es auf einen Prozeß antommen lassen?

Antlich wird hierzu erklärt: Die württ. Staatskassen arbeiten mit äußerster Aufbietung ihrer Kräfte an den Besoldungszahlungen. Eine Bevorzugung irgend einer Art von Besoldungsempfängern findet nicht statt. Eine Verpflichtung zur Aufwertung der Bezüge kann die württ. Regierung nicht anerkennen, da ein schuldhaftes Versagen ihrerseits nicht vorliegt. Die Regierung läßt nichts unversucht, um auch auf diesem Gebiet eine Gleichstellung der Reichs- und Landesbeamten zu erzielen.

Böblingen, 22. Nov. Die Handwerker wehren sich. Die Bauhandwerker versammelten sich in Gegenwart von Stadtschultheiß Kraut im Rathhousaal, um gegen die ungleichen Forderungen der Berufsgenossenschaft Stellung zu nehmen. Während bei einer Reihe von Unternehmern die Beiträge seit längerer Zeit in Papiermarkzahlung bezahlt werden konnten, wurden die übrigen Meister seitens der Berufsgenossenschaft mit einem Schreiben überrascht, in dem eine freilose Bezahlung in Goldmark verlangt wird, bei Verzögerung mit täglicher dreiprozentiger Verzinsung. Nach einem kurzen Referat des Malermeisters und Gemeinderats Heinrich Burkhardt wurde einstimmig beschlossen, an die Berufsgenossenschaft vorerst gar nichts zu bezahlen. Eine fünfgliedrige Kommission mit Stadtschultheiß Kraut an der Spitze wurde gewählt, die den Standpunkt des Handwerks energisch vertreten soll.

Kirchheim u. L., 22. Nov. Politischer Prozeß. Wegen „Beschimpfung der Republik“, begangen in einer nationalsozialistischen Versammlung in Omen am 7. Juli ds. Js. stand der Stuttgarter Geschäftsführer der Nationalsozialisten, Dr. Kalkenboel, vor dem Schöffengericht Kirchheim. Der Vertreter der Staatsanwaltschaft stellte die Schuldfrage ins Ermessen des Gerichts. Dieses verurteilte den Angeklagten zu einer Gefängnisstrafe von 14 Tagen. Dr. Kalkenboel wird Berufung einlegen.

Häringen, 22. Nov. Tödlicher Stich. Als der Schäfer von Hofbühler Hlogaus seine Herde hütete, kam er unberechtigtweise auch auf die Wiese des Landwirts Besche. Dieser paßte ihm auf, schlug ihm zuerst von hinten mit einer Haue auf den Kopf und rückte ihm dann noch mit der Heugabel auf den Leib. Darauf griff der Schäfer zum Messer und brachte dem Besche einen Stich in den Arm bei, durch den die Schlagader verletzt wurde.

Kostweil, 22. Nov. Bestrafte Kirchendiebe. Der verh. Schuhmacher Jaf. Wenzler von hier und die ledige Fabrikarbeiterin Kreszentia Geiger von Dietmanns, 22. Waldsee, hatten aus den Kirchen in Kimmern o. R., Dun-

tingen, Hausen i. Tal und aus einer Kapelle bei Ostfingbronn Altartücher gestohlen. Sie wurden vom Schöffengericht zu je 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis und 3 Jahren Ehrverlust verurteilt. Wegen des gleichen Vergehens an anderen Orten schwebt noch das Verfahren gegen das saubere Paar.

Chlingen, 22. Nov. Arbeiterentlassungen. Mehrere große Firmen geben bekannt, daß sie die ganze Belegschaft entlassen, nachdem die Arbeit unter Bruch des bestehenden Tarifvertrags niedergelegt worden sei.

Talflingen, 22. Nov. Streik. In einer Versammlung der Textilarbeiter hatten diese wegen Lohnfreizügigkeiten beschlossen, in den Ausstand zu treten. Darauf ruhte in allen Betrieben der Tritotbranche, die schon seit längerer Zeit ihre Arbeiter durch Kurzarbeit über die schwerste Zeit der Not hinwegzubringen versuchte, die Arbeit vollständig.

Heilbronn, 22. Nov. Fabrikdiebe und Wucherer. Als Täter der in letzter Zeit in Heilbronn und Sontheim verübten Fabrikdiebstahl wurden die ledigen 29 bzw. 25 Jahre alten Arbeiter Hermann Bazzel von Redargartach und Emil Schwandner von Wimpfen a. B. ermittelt. Die gestohlene Ware wurde zum größten Teil auf dem Lande abgesetzt. — Der Bäcker und Spezereihändler Ernst Kupp in Bödingen wurde wegen Preistreiberi und Wucher festgenommen. Es schwebt zurzeit auch noch ein Verfahren wegen Warenzurückhaltung gegen ihn.

Baden

Karlsruhe, 22. Nov. In einem „Eingefand“ wird der „Badischen Post“ (Heidelberg) geschrieben, daß die Badenmarkt schon in Amerika zu einem Bruchteil ihres Nennwertes gehandelt werde. In der Zuschrift wird der Vorwurf erhoben, daß dies wertbeständige Geld teils gehamstert, teils verschoben werde. Es erscheint nun doch an der Zeit, daß von Regierungsseite eine genügende Aufklärung erfolgt, wo die Badenmarkt denn eigentlich bleibt, denn im Verkehr war bisher nichts von ihr zu sehen.

Mannheim, 22. Nov. Die Polizei hat einen Landwirtschaftsschüler aus Karlsruhe verhaftet, der in Mannheim einen Larameterbesitzer um 84 Billionen betrogen hat.

Heidelberg, 22. Nov. Wie das „Heidelberger Tageblatt“ zuverlässig erzählt, soll im Zusammenhang mit dem Beamtenabbau beschlossen sein, das Heidelberger Landgericht nach Mannheim verlegt werden und auch das Schwurgericht, das erst vor einigen Jahren hier eingerichtet worden war, würde wieder verschwinden. Nur die Kammer für Handelsachen soll erhalten bleiben.

Freiburg, 22. Nov. Auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft sind bei 10 Angestellten einer hiesigen Großbank beträchtliche Summen von Devisen beschlagnahmt worden. Die Angestellten werden sich wegen verbotenen Devisenhandels vor Gericht zu verantworten haben. — Das Bezirksamt hat wegen unlauteren Nachschaffens beim Butterhandel eine hiesige Feinkosthandlung auf drei Monate geschlossen. Der Geschäftsinhaber soll stark verwässerte Butter als Tafelbutter verkauft haben.

Humor in der chinesischen Schrift

Für den gewöhnlichen Sterblichen, der einen chinesischen Druck betrachtet, scheinen seine Hieroglyphenzeichen nur die Ausgeburt einer sinnlosen Phantasie zu sein. Dem Kenner entlockt sich dagegen bei dem Studium der chinesischen Schrift ein tiefer Sinn und bisweilen ein köstlicher Humor. Die Chinesen haben bekanntlich keine Lautschrift wie wir, sondern eine Bilderschrift. Es ist demnach theoretisch die Möglichkeit vorhanden, einen chinesischen Text ganz gut zu verstehen, ohne auch nur ein Wort aus der Sprache des himmlischen Reiches zu kennen. In der Wahl dieser Bilderschriften muß man gestehen, daß sie ihre Satire besonders gern gegen das weibliche Geschlecht gerichtet haben. Ein kleines Muster ist das chinesische Zeichen für „Frau“; wenn man aber dieses Zeichen zweimal nebeneinander setzt, so hat das neue Bild den wenig schmeichelhaften Sinn „Zant“. Dreimal nebeneinander bedeutet das Frauenzeichen gar „üble Nachrede“. Sehr hübsch sind auch die Ableitungen, die die chinesische Schrift mit dem Bild der „Tür“ vornimmt. Der „Bettler“ ist z. B.

eine Kombination der Zeichen von „Tür und Mund“; denn die Tätigkeit eines solchen armen Teufels besteht in einem Mund, der sich der Tür nähert. Recht boshaft ist das Zeichen für „lauschen“, nämlich eine „Tür“ nebst einem „Ohr“. Eine große Behaglichkeit spricht aus der Form, wie der Chineser den Begriff „Glück“ wiedergibt. „Welcher Mensch ist am glücklichsten?“ fragt sich der weiße Mann des Ostens, und er gibt darauf die salomonische Antwort: „Der Bauer, der den Reis seines Feldes ißt“. Demzufolge schreibt man das Glück mit dem Zeichen des „Bauern“ verneht um das Bild für „Mund“. Der einfachere Begriff „Bauer“ selbst besteht aus dem Zeichen des „Mannes“, der neben dem „Feld“ steht. Das gerade Gegenbild des glücklichen Bauern ist nach chinesischer Auffassung der „Befangene“; ein Begriff, der sich sehr einfach schreiben läßt. Er ist das gewöhnliche Bild des „Mannes“, umrahmt von vier Tuschstrichen, die einen Kerker bedeuten. Von genialer Einfachheit ist die Art, mit der man in China den komplizierten Begriff des „Horizonts“ wiedergibt: Es ist die Sonne und darunter ein Strich. „Nicht“ ist übrigens „Sonne“ und „Mond“ nebeneinander. Eine bedeutende Wertschätzung der eigenen Mannlichkeit enthüllt uns die Form, in der der Chineser das Adjektiv „groß“ darstellt; es ist das Zeichen des Mannes, gekreuzt von der Ziffer „eins“. Immerhin muß auch der stolze Chineser zugeben, daß der Himmel noch höher ist als er selbst, und so malt er ihn mit dem Zeichen „Mann“ und einem tüchtigen dicken Strich darüber. Chinesisch zu lernen ist, nach diesen Beispielen zu urteilen, gar kein so langweiliges Geschäft.

Steuererleichterungen

Auf verschiedene beim Reichsfinanzministerium erhobenen Vorstellungen sind die bei den Auguststeuererlassen (Landabgabe, Arbeitsgeberabgabe, Rhein- und Ruhrabgabe, erhöhte Einkommensteuervorauszahlungen) zugelassenen Erleichterungen wesentlich erweitert worden. Bei den leistungsschwachen Steuerpflichtigen darf vor allem die Einziehung der Steuer nicht dazu führen, daß Betriebe zum Erliegen gebracht oder wirtschaftliche Existenzen vernichtet werden. Es dürfen insbesondere auch Steuerpflichtigen nicht die zur Fortführung eines Betriebs notwendigen Betriebsmittel gepfändet werden.

Hinsichtlich der Landabgabe sollen die kleineren Betriebe mit besonderer Schonung behandelt werden, besonders in solchen Fällen, in denen der Betrieb das einzige Vermögen des Steuerpflichtigen bildet und die aus den Betrieben gewonnenen Erträge nur zum notwendigen Unterhalt für den Steuerpflichtigen und seine Familie ausreichen. In derartigen Fällen soll die Landabgabe erlassen werden. Auch bei mittleren und größeren Betrieben kann die Steuer gestundet werden und zwar kann dies zinslos geschehen. Wird eine am Ersten eines Monats fällige Rate noch im Lauf dieses Monats bezahlt, so sollen Zinsen nicht erhoben werden. An dem für die Bemessung der Abgabe grundsätzlich maßgebenden Wehrbeitragswert soll dann nicht starr festgehalten werden, wenn seine Zugrundelegung erhebliche Härten für den Abgabepflichtigen zur Folge haben würde. Die Finanzämter sollen ohne Rücksicht auf die Höhe des zu erlassenden Betrags durch entsprechenden Teilerlaß der Abgaben Abhilfe schaffen. Im übrigen sind nunmehr die Finanzämter zum Erlass von Beträgen bis zu 30 Goldmark und das Landesfinanzamt zum Erlass von Beträgen bis zu 150 Goldmark befugt.

Hinsichtlich der Arbeitsgeberabgabe sollen alle Gesuche um Erlass oder Ermäßigung unter dem Gesichtspunkt besonders sorgfältig geprüft werden, in welchem Verhältnis die Arbeitslöhne zu den gesamten Unkosten stehen, da dabei in einzelnen Fällen, wie z. B. beim Baugewerbe, Härten entstehen können. Es muß auch vermieden werden, daß lediglich durch die Arbeitsgeberabgabe Betriebsbeschränkungen vorgenommen werden. Weiter muß unbedingt Rücksicht darauf genommen werden, daß zahlreiche Handwerker aus Mangel an Aufträgen und Bestellungen schon einen großen Teil ihrer Arbeiter und Angestellten haben entlassen müssen. Ferner muß gegebenenfalls mit Erlass, Ermäßigung oder Stundung abgeholfen werden, wenn Inhaber von Betrieben Beträge, die sie vor Infrastreten der Arbeitsgeberabgabe abgeschlossen haben und bei denen sie daher die Arbeitsgeberabgabe naturgemäß noch nicht haben

Nach Waterloo

Eine Bauerngeschichte aus dem Taunus

von Fritz Rihel.

[14

Früher war er gegen die Mägde, wenn sie jung und hübsch waren, sogar mitunter zu liebenswürdig geworden; seitdem ihn aber die Mutter in der Scheune erwischt hatte, wie er der hübschen Kemeler Bina einen herzhaften Kuss ausdrückte und er infolgedessen von der erzürnten Frau eine schallende Ohrfeige, die Bina aber ihre sofortige Entlassung erhielt, da scheute er den weiblichen Teil des Bestandes wie ein gebranntes Kind das Feuer und suchte für die Bedürfnisse seines Herzens nur außerhalb des Hauses Befriedigung. Bei seinem hübschen Aeußeren und seiner allezeit offenen Hand war es ihm auch nie schwer gewesen, bei den Mädchen des Dorfes ein recht weitgehendes Entgegenkommen zu finden. Keine hatte es aber vermocht, seinen etwas weiterwärtigen Sinn dauernd zu fesseln, bis er vor etwa einem Jahre des Grundmüllers schöne Tochter, die Pauline, kennen lernte. In jäh einfacher Leidenschaft warb er so lange um das so eigentümlich reizende Mädchen, bis es seine Liebe erwiderte. Ihrem Vater, dem Müller, war der vermögendere Freier schon recht und ließ er sich von diesem auch überzeugen, daß das Verhältnis vorläufig vor der Mutter Schilling noch geheim gehalten werden müsse, so wenig wie ihm die Geheimtueri auch gefiel. Hansjörg wußte jedoch mit dem ihm eigenen treuherzigen Wesen alle Bedenken des Alten zu widerlegen und denselben vollständig für sich einzunehmen. Vor etwa sechs Wochen war nun aber an dem Liebeshimmel des für äußere Eindrücke sehr empfänglichen Hansjörg ein neuer Stern aufgegangen. An einem Sonntage hatten ihn die Kameraden so lange damit aufgezoogen, daß er es aus Furcht vor seiner Mutter nicht wagte, das Wirtshaus zum „Grauen Kopf“ aufzusuchen, bis er in seiner Aepfelweinlaune der lustigen Gesellschaft folgte und zum ersten Male die ihm streng verbotene Schwelle überschritt, hinter welcher die Witwe

seines Stiefbruders hauste. Die junge Frau war seither gar nicht von ihm beachtet und vollständig übersehen worden, was schon durch das feindselige Verhältnis, in welchem dieselbe zu seiner Mutter stand, bedingt war. Jetzt sah er sie zum erstenmal genauer an und meinte, sich nicht entsinnen zu können, jemals einem weiblichen Wesen begegnet zu sein, welches einen so eigentümlich tiefen Eindruck auf ihn ausübte. Diese festen anmutigen Bewegungen, mit denen die junge Witwe ihren Geschäften nachging, die ruhige, durch nichts zu erschütternde Freundlichkeit, die sie im Verkehr mit ihren Gästen zeigte, dazu das von einem Hauch der Trauer überschattete bleiche Anlitz — das alles fesselte den Burschen wie mit einem geheimen Zauber und immer wieder folgten seine Blicke der zwischen den Schenkstischen hin und her eilenden schlanken Gestalt. Und dieser Zauber wirkte nach.

Allsonntäglich und manchmal auch Wertags am Abend sah Hansjörg im Wirtshaus zum „Grauen Kopf“, ganz gegen seine Art wortkarg und bescheiden, doch immer bestrebt, einige allgemeine Redensarten mit Anna Margret zu wechseln, die ihn freundlich wie jeden anderen Gast behandelte. Hatte sie doch auch gar keinen Grund, gegen ihn, den Schwager, feindselige Bestimmungen zu hegen. Derselbe hatte sich doch damals, als es zwischen ihrem verstorbenen Mann und dessen Stiefmutter zum Bruch kam, in keiner Weise als Gegner des Bruders gezeigt, hatte sogar den schüchternen Versuch gemacht, zum Frieden zu predigen, was ihm bei seiner Mutter übel bekam, denn diese hatte ihm einfach Schweigen geboten und er, als die Rull, welche er nun einmal war, wagte es nicht, dem Gebot zu trotzen. Zu einer näheren Aussprache zwischen der jungen Frau und Hansjörg über die damaligen Vorgänge kam es bei den Besuchen des Burschen nicht; Anna Margret wäre auch unter keinen Umständen auf dieses heikle Thema eingegangen und Hansjörg hätte sich wohl, im Gespräch Punkte zu berühren, die zu Meinungsverschiedenheiten zwischen ihm und der schönen Frau führen und ihm so den ferneren Besuch des „Grauen Kopf“ unmöglich machen mußten. Auf diese Besuche zu verzichten, wäre ihm unendlich schwer gewesen; unübersteiglich

zog es ihn dahin und mit einem Gemisch von Unbehagen und Bangen dachte er an seine Beziehungen zu der schönen Müllerstochter. Was aus der Annäherung an die Witwe seines Stiefbruders werden sollte, darüber war sich der Bursche selbst noch nicht klar, wie er sich überhaupt in seinem glücklichen Leichtsinne um die Zukunft wenig Kopfzerbrechen machte. Hätte ihm seine Mutter noch vor vierzehn Tagen die schöne Schwägerin als Frau vorgeschlagen — sofort hätte er eingewilligt und wäre der glücklichste Mensch auf Erden gewesen — heute, nachdem Hansjörg wieder die schwarze Pauline gesprochen und gehetzt hatte, da war diese wieder der Brennpunkt, um welchen sich die Liebesempfindungen seines flatterhaften Herzens drehten und zehnmal schwor er es sich auf dem Heimweg zu, daß er mit keinem Fuß mehr den „Grauen Kopf“ betreten würde. Allerdings fing er schon an, diesen Schwur leicht zu bereuen, als er jetzt Dornschied erreicht hatte und am Ende der Gasse einen blonden Kopf an dem Fensterchen des Wirtshauses zum „Grauen Kopf“ zu gemahren glaubte — mannhaft widerstand er aber dem plötzlich aufsteigenden Drang, den kleinen Umweg an dem Wirtshaus vorbei zu machen und schritt, stolz auf sich selbst, mit erhobenem Haupte den nächsten Weg nach dem Rodenberger Hofe zu.

VL

Auf dem weiten Hofe herrschte ein reges Leben. Zwei hohe Wagen voll Heu, welche eben aus den Wiesen gekommen waren, wurden unter einem großen Aufwand von Geschrei in die Scheune geschoben, während ein Stallburche die Pferde abschirrte und zur Krippe führte. Ein Dutzend Schweine rannten grunzend im Hof herum und vereitelten in dem wonnigen Gefühl der Freiheit jeden Versuch, der mit einer langen Gerte bewaffneten Viehmagd, sie wieder in den niederen Stalle zu treiben. Aus dem Kuhstalle ertönte ein unaußhörliches Gebrüll, denn die Zeit der Fütterung war gekommen und schon schlepten zwei kräftige, bloßarme Mägde große, mit dampfendem Getränk gefüllte Pader über den Hof, um dem Rindvieh den ersehnten Abenddamaus in die Kufen zu schütten. (Fortf. folgt.)

erhöhter können, erst nach dem Inkrafttreten der Arbeiterabgabe ganz oder zum Teil zu erfüllen haben; denn die Abwälzung auf den Auftraggeber ist nicht zulässig. Niemand darf die Erhebung der Abgabe dazu führen, daß der Betrieb zum Erliegen kommt. Die Befugnisse der Finanzämter und des Landesfinanzamts zum Erlaß der Arbeiterabgabe ist die gleiche wie für die Landabgabe. Es wird nunmehr Sache der Steuerpflichtigen sein, sich die vom Finanzminister herausgegebenen Richtlinien zu Nutzen zu machen.

Kotales.

Wildbad, den 23. Nov. 1923.

Linden-Lichtspiele. Heute und am Sonntag läuft das große italienische Zirkusdrama „Die Todespitale“ mit Luciano Albertini in der Hauptrolle, welches in allen größeren Kinos einen durchschlagenden Erfolg hatte. Der Film ist ein Sensationsfilm ganz eigener Art und außer wundervollen Naturaufnahmen bekommt man wirkliche Zirkus-Sensationen zu sehen, denn Akrobaten von Ruf sind in diesem Film beschäftigt; genügt doch schon allein der Name Luciano Albertini. Als Beiprogramm läuft eine Groteske bei „Die kleine Freundin“, bei der man vor Lachen wieder einige Zeit die Sorgen des Alltags vergißt. Es wäre bei dem wirklich glänzenden Programm ein guter Besuch nur zu wünschen.

Zu Landabgabe. Die Württ. Landwirtschaftskammer hat auf Grund einwandfreier Nachrichten, daß in Bayern am 1.—8. Nov. nicht nur die auf 1. Nov. fällige Landabgabe zum Kurs von 17 Milliarden bezahlt werden konnte, sondern daß bei den dortigen Finanzämtern auch Vorauszahlungen für die kommenden Monate möglich waren, an das Württ. Landesfinanzamt das dringende Ersuchen gerichtet, in Wälde dafür zu sorgen, daß den württ. Steuerpflichtigen die gleichen Vergünstigungen zuteil werden wie den bayerischen.

Die Reichsindizes für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung) beläuft sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamts für Montag, 17. November, auf das 831-Milliardenfache der Vorkriegszeit. Die Steigerung gegenüber der Vorwoche (218,5-Milliardenfache) beträgt demnach 280,3 Proz.

Invaliden- und Angelegenheiten. Aus der Preis- und Lohnbewegung der letzten Tage zieht die Verordnung des Reichsarbeitsministers vom 16. November für die Einreihung der Versicherten in die Lohn- und Gehaltsklassen 44 bis 50 die notwendigen Folgerungen. Die Jahresarbeitsverdienste werden vom 19. November an verünftlicht. Dem fünffachen Jahresarbeitsverdienst entspricht der fünffache Beitrag. In der Invalidenversicherung umfaßt die niedrigste Lohnklasse 44 Tagesverdienste bis zu 125 Milliarden Mark mit einem Wochenbeitrag von 95 Milliarden Mark.

Erhöhung des Gepäcktarifs. Vom 20. November ab wird der Gepäcktarif der deutschen Reichsbahn ermäßigt. Er wird von diesem Tag ab nach dem 30 v. H. erhöhten Gültigkeit berechnet. Als Mindestfracht werden 20 Goldpfennig erhoben. Das Mindestgewicht von 10 Kilogramm bleibt bestehen. Vom 1. Dezember 1923 ab werden die Einheitsätze der zweiten und ersten Klasse der deutschen Reichsbahn auf 6,6 und 13,2 Goldpfennig herabgesetzt. Damit ergibt sich in den Einheitsätzen der vierten Klasse zu den übrigen Klassen ein Spannungsverhältnis von 1:1½:3:6. In gleichem Verhältnis werden auch die Schnellzugzuschläge festgesetzt.

Der Preis der Fahrradkarten ist auf 30 Goldpfennig und die Mindestfracht bei Aufgabe mehrerer Fahrräder allein oder mit anderem Gepäck auf 40 Goldpfennig für jedes Stück herabgesetzt worden.

Allerlei

Die „feindliche“ Einquartierung. Für das herzhafte Verhältnis des weitaus größten Teils der Einwohnerschaft Sachsens zu der einquartierten Reichswehr legt folgendes Vorkommnis Zeugnis ab. Der General von Ledebour übergab namens der in Schwarzenberg einquartierten Truppen dem Bürgermeister 500 Goldmark zur Beschaffung von Kartoffeln für die Notleidenden. Der gleiche Betrag wurde dem Prinzess Marienstift überwiesen. Die bedeutende Summe hatten die Offiziere und Mannschaften der Reichswehr durch eine Sammlung unter sich aufgebracht.

Sturmflut. Die schweren Stürme, die in den letzten Tagen an Nord- und Ostsee wüteten, haben an der alten sturmgefährdeten Stelle der hinterpommerschen Küste bei dem Dorf Damkerort die Düne auf eine Länge von 150 Metern weggespült. Gewaltige Wassermassen haben sich in den dahinterliegenden Bulower See ergossen. In Damkerort stehen die Häuser teilweise unter Wasser. Bei dem Fischerdorf Neuwasser wurden in einem Wald 150 große Bäume von der Sturmflut entwurzelt.

Schiffsunfälle. Bei Büsum an der holsteinischen Nordseeküste ist bei schwerem Sturm das deutsche Motorschiff „Sonderburg“ gestrandet. Die 10 Mann Besatzung wurde gerettet. — Ein amerikanisches Biermastgeschiff ist auf Großvogelstrand in der Nordsee gestrandet und in der Nacht von den wilden Wogen zertrümmert worden. In der Hilfe geeilten deutschen Bergungsdampfer konnten an das Schiff nicht herankommen. Unter größten Schwierigkeiten gelang es, zwei Mann der Besatzung zu retten. Ueber das Schicksal der übrigen 12 Mann ist noch nichts bekannt.

An der Westküste der türkischischen Insel Desei wurden Schiffstrümmer, Warentüten und 17 Leichen angepöckelt, letztere teilweise mit Wunden bedeckt. Man vermutet, daß es sich um den Hamburger Dampfer „Aronos“ handelt, der von Steffin nach Petersburg unterwegs war. Wahrscheinlich ist der Dampfer auf eine Mine gestoßen und gesunken.

Ein Hypothekenschuldner in Mecklenburg, ein Landwirt nahe Schwerin, kündigte einer alten Dame, einer Klavierlehrerin, die letzte Hypothek von 3000 M. Die Dame erkrankte in den Tod. Diese Hypothek war ihr letztes Besitztum, alle übrigen Ersparnisse hatte sie durch die Geldentwertung verloren. Der Landwirt brennt sie: „So war's nicht gemeint. Ich werde die Schuld in Lebensmitteln zurückzahlen und diese sollen zum Vorkriegswert berechnet werden.“ Sprach's und zog aus einem Sack einen Schinken hervor. „So, das ist die erste Anzahlung!“ Die Gläubigerin mußte in ein Büchlein den Empfang einschreiben, und die Lebensmittellieferung wird so lange fortgesetzt, bis die ganze Schuld abgetragen ist.

Handelsnachrichten

Dollarkurs am 22. Nov. 4 210 500 000 000 (ann.). London 1 Pfd. Sterl. 36 (26) Billionen, New York 1 Dollar 5 Bill., Amsterdam 1 Gulden 2,73 Bill.

Der Wert von 1 Billion Mark in Pfennigen am 20. Nov.: Holland 108, Belgien 426, Norwegen 184, Dänemark 157, Schweden 102, Italien 450, London 115, New York 100, Paris 361, Schweiz 112, Spanien 149.

Geldmarktpreis der Reichsbank am 21. Nov. 19 267 584 000 000 Papiermark für ein Zwanzigmarkstück.

Die **Dollarkursfestlegung.** Der Reichsverband hat gegen die amtliche Festlegung der Devisenkurse der Berliner Börse Einspruch erhoben, weil sie zu den tatsächlichen Verhältnissen in offenbarem Widerspruch stehe. Ferner werde beklagt, daß die Wirtschaft durch überstürzte und widersprüchliche Verordnungen und Maßnahmen auf dem Währungsgebiet geschädigt werde.

Wertbeständiges Notgeld in Württemberg. Da die Rentenmarkt in absehbarer Zeit innerhalb Württembergs nicht zur Geltung gelangen wird, andererseits die Industrie- und Handelsnote von einem großen Teil kleinerer und mittlerer Betriebe nicht beschafft werden konnte, soll im Lauf der nächsten Woche voraussichtlich ein neues wertbeständiges Notgeld auf breiterer Grundlage zur Ausgabe gelangen. Die Bedingungen sollen derart gehalten sein, daß es jedermann möglich ist, dieses Geld etwa von Mitte nächster Woche an zu bezahlungen sich zu beschaffen. Die entscheidende Sitzung der beteiligten Behörden und Industrie- und Handelsvertreter findet am Freitag, 23. Nov., in Stuttgart statt.

Der Roggenpreis. Nach der amtlichen Feststellung beträgt der Preis für Roggen nach der Notierung der Berliner Börse in der Zeit vom 1. Januar bis 31. Oktober 1923 im Durchschnitt 6,96 Goldmark für den Zentner gegenüber einem Durchschnittspreis derselben Monate im Jahr 1913 von 8,20 Goldmark. Der diesjährige Roggenpreis ist also um 15,12 Prozent niedriger als im Jahr 1913.

Stuttgart, 22. Nov. Landesproduktionsbörse. Bei fester Stimmung und leichter Erhöhung der Preise wurden nur wenig Umsätze getätigt, da von den Käufern ausnahmslos wertbeständige Zahlungsmittel verlangt werden, die diese nicht zur Verfügung haben. Aus diesem Grund wurde heute neben der Goldmarknotierung auch eine Notierung in Papiermark vorgenommen. Es wurden folgende Preise erzielt: Weizen 24—25 Goldmark (30—31 M. Papiermark), Gerste 20—21 G.M. (25—26 B.M.), Roggen 22—23 G.M. (27,5—28,5 B.M.), Hafer 17 bis 18 G.M. (21,5—22,5 B.M.), Weizenmehl 0 46—48 G.M. (58 bis 60 B.M.), Brotmehl 42—44 (53—55 B.M.), Mele 8—9 G.M. (10—11 B.M.), Weizenheu 6—7 G.M. (7,5—8,5 B.M.), Kleebau 9—9 G.M. (10—11,5 B.M.), Stroh 5—7 G.M. (7,5—8,5 B.M.).

Karlsruher Produktionsbörse vom 21. Nov. Getreide und Mehl: Das Geschäft ist still; Mangel an wertbeständigen Zahlungsmitteln. Rominelle Forderungen für Weizen 25,20, Roggen 22, Gerste 19, Hafer 18, Weizenmehl 36,80—37,50, Roggenmehl 34,75, Mele je nach Fabrikat 9,50 bis 12 Goldmark alles die 100 Kilo. Getreide ohne Mehl und Mühlenfabrikate mit Sach. Frachtparität Karlsruhe. — Weine und Spirituosen: Preise unverändert. Käufe gegen Papiermark sind ausgesetzt. — Kolonialwaren: Tee 12—18, gebrannter Kaffee 6,40—8, Kakaos 3,20, Barmah Reis 0,80, Oranpen 0,75, geschälte, gepökelte Erbsen 1, weiße Perlbohnen 1, Schweinefett 2,30, Salatsöl 1,60 G.M. alles das 100 Kilo.

Berliner Getreidepreise am 22. Nov. in Goldmark für 100 Kilo: Weizen 19,60—19,80, Roggen 18,40—18,60, Sommergerste 17,60 bis 18,20, Hafer 16—16,20, Weizenmehl 33,50—35,50, Roggenmehl 30,50—32,50, Mele 8,40, Raps 32—33,50, Rapskuchen 13,50—14. Weizenmehlspezial Nr. 0 in Mannheim 8,85 Goldmark oder 37,25 Rentenmark für 100 Kilo.

Märkte

Stuttgarter Schlachttiermarkt, 22. Nov. Dem Donnerstagmarkt am Vieh- und Schlachthof waren zugeführt: 74 Ochsen, 16 Bullen, 116 Jungbullen, 123 Jungstiere, 219 Kühe, 198 Kälber, 72 Schweine, 144 Schafe und 1 Ziege. Unverkauft blieben 2 Ochsen, 10 Jungstiere und 30 Kühe. Multiplikator: 1 Billion. Erlöse aus je 1 Pfund Lebendgewicht in Goldpfennig: Ochsen 1. Sorte 61—64, 2. Sorte 50—58, Bullen 1. Sorte 60—62, 2. Sorte 48—59, Jungstiere 1. Sorte 62—64, 2. Sorte 56—61, 3. Sorte 50—55, Kühe 1. Sorte 54—58, 2. Sorte 48—48, 3. Sorte 28—36, Kälber 1. Sorte 72—74, 2. Sorte 68—71, 3. Sorte 64—67, Schweine 1. Sorte 120, 2. Sorte 115—118, 3. Sorte 100—105. Verkauf des Marktes: Bei Schweinen und Kälbern lebhaft, bei Großvieh langsam. Ueberstand.

Chingen a. D., 22. Nov. Dem Schweinemarkt wurden 309 Ferkel und 4 Läufer Schweine zugeführt. Bezahlt wurden je nach Qualität für Ferkel 36—50 Goldmark pro Paar, für Läufer 50—70 Goldmark pro Stück.

Stuttgart, 22. Nov. Obstgroßmarkt. Kleine Zufuhr bei lebhafter Nachfrage. Preise in Milliarden Mark. Edeläpfel 180 bis 200, Tafeläpfel 100—170, Spalierbirnen 180—200, Tafelbirnen 110—170 d. Pfd.

Gemülegroßmarkt. Kraut 5—9, Rotkraut 30—80, Kohl 40—60, Rote Rüben 60—80, Gelbe Rüben 30—40, Zwiebeln 100 bis 160, Spinat 120—170, Wodenkohlraben 17—20 d. Pfd., Rettiche 15—20, Blumenkohl 70—500, Rosenkohl 80—200, Sellerie 40 bis 120, Endivien 25—90 d. St. Kartoffeln 30—40 d. Pfd.

Butter 2,4 Billionen, Schweinefleisch 3, Margarine 1—1,1, Valmin 1,2, Fettgänse 1,4—1,6 d. Pfd., Emmentalerkäse 2—2,25, Schmelzer 1,8—2, Backsteinkäse 1—1,1 d. 100 Gr., Kalksaler 200, Flecker 150 Milliarden d. St.

Merksahlen

1 Goldmark	Ältekurs Berlin	1 035 000 000 000
	Mittelkurs	1 000 000 000 000
Reichsbankdiskont		90 Prozent
Goldfranken		60 Milliarden
Steuerumrechnungsfaktor		1000 Milliarden
Buchhandelschläffel		1100 Milliarden
Buchdruckschläffel		50,2 Milliarden
Großhandelsindex		265,6 milliardenfach
Lebensmittel		242,7 milliardenfach
Industriestoffe		308,5 milliardenfach
Einfuhrwaren		305,0 milliardenfach
Inlandwaren		257,8 milliardenfach

Lebenshaltungskosten: (17. November): 831 milliardenfache. Devisenkurse (in Millionen)

Berlin	20. November		22. November	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Holland	1560090	1561910	1596000	1604000
Belgien	189525	190475	194500	200500
Norwegen	608475	611525	616455	619645
Dänemark	718200	721800	726180	729820
Schweden	1097250	1102750	1101240	1106890
Italien	17955	180450	183540	184460
London	17955000	18045000	18354000	18448000
New York	4189500	4210500	4189500	4210500
Paris	223440	224560	231420	232580
Schweiz	723190	725810	728175	731825
Spanien	542640	545350	546630	549370
D.-Osterr.	58,653	58,976	58,832	59,148
Prag	121695	122305	121695	122305
Ungarn	217475	218,544	219,450	220,550
Argentin.	1276800	1283200	1296750	1303250
Tokio	1935000	2005000	1993000	2065000

Dollarschaffsine kein Angebot. Reichsgoldanleihe 4200 (ann.).

Aufruf des Militärbefehlshabers über Milchversorgung.

In Stuttgart ist die tägliche Milchlieferung bis auf 16000 Liter zurückgegangen. Zu der gleichen Zeit des Vorjahres betrug die Anlieferung noch 40000 Liter täglich. Allein zur Deckung des Bedarfs der Kinder bis zum 6. Lebensjahr, der werdenden und stillenden Mütter und der Kranken wären 35000 Liter täglich notwendig. Uebrigens, z. Teil noch ungünstiger, liegen die Verhältnisse in anderen Städten. Die Kuhzahl ist seit dem Vorjahr nicht zurückgegangen, sondern gestiegen, die Futterverhältnisse sind nicht schlechter als im Vorjahr. Milchmangel kann also nicht der Grund des Rückgangs sein. Der Preis der Milch ist mit der Landwirtschaft vereinbart, die Zahlungsweise ist wesentlich verbessert, wertbeständige Zahlung ist nach Maßgabe der zur Verfügung stehenden wertbeständigen Zahlungsmittel vorbereitet. Wenn trotz allem die Milchlieferung sich nicht bessern sollte, so muß der Grund in der Weigerung der Landwirte gesucht werden, Frischmilch in genügender Menge abzuliefern. Dabei geht aber der Nachwuchs in den Städten zu Grunde, Kranke und Alte sind verloren. Die württembergischen Ärzte und der württ. Ausschuss für Säuglings- und Kindererziehung weisen ernst und nachdrücklich auf diese Gefahr hin. Die Verzweiflung, die ob diesem Zustand einsehen muß, gefährdet die öffentliche Sicherheit und Ordnung. Ich habe deshalb das Württ. Ernährungsministerium ermächtigt, die schärfsten Bestimmungen zur Behebung der Not zu erlassen, wenn nicht in kürzester Frist eine Besserung eintritt. Vorerst richte ich an die Landwirte die bestimmte Aufforderung, die Milchlieferung an die Sammelstellen zu steigern und verpflichte die Gemeindeverwaltungen derjenigen Gemeinden, aus denen Milch an Bedarfsgemeinden zu liefern ist, bei eigener Verantwortung mit allem Nachdruck für die Erfüllung der Lieferungsspflicht in ihren Gemeinden zu sorgen. Ich werde mich von der Wirkung dieser Anordnung überzeugen und behalte mir Weiteres vor.

Stuttgart, den 17. November 1923.

Reinhardt.

Bekannt gegeben.

Wildbad, den 22. November 1923.

Stadtschultheißenamt.

Verkaufszeit in den Läden.

Auf die am Rathaus angehängene Bekanntmachung des Oberamts Neuenbürg betr. Sicherstellung des Warenverkehrs und Wareneinkaufs vom 20. November 1923 wird hiemit hingewiesen. Die Geschäftsleute werden besonders darauf aufmerksam gemacht, daß sie ihre Geschäfte während der Mindestverkaufszeit zum Verkauf von Gegenständen des täglichen Bedarfs von vorm. 9 bis 12½, und nachm. von 3—5 Uhr offen zu halten haben.

Wildbad, den 22. November 1923.

Stadtschultheißenamt: Böhner.

Wohltätigkeits-Konzert.

Am Samstag, den 24. Nov., abends 8 Uhr, im Saal der „alten Linde“, gegeben von Mandolinclub Wildbad, unter Mitwirkung einzelner musikalischer und gesanglicher Kräfte. — Der Ertrag ist zu einer Weihnachtsbescherung für alte, arme, gebrechliche Leute bestimmt. Eintritt: 100 Milliarden. Der Wohltätigkeit sind keine Grenzen gesetzt.

Es wird um recht zahlreichen Zuspruch gebeten.

Im Auftrag: Dr. Federlin.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme, die wir während der Krankheit und beim Heimgang meiner Frau, unserer treubesorgten Mutter, Tochter, Schwester und Schwägerin erfahren durften, sprechen wir unseren innigsten Dank aus, insbesondere den Sängern des Liederkranzes und dem Herrn Geistlichen.

Wilhelm Treiber, Schuhgeschäft.
Familie M. Kern.

Reparaturen und Neuarbeiten

an Gold- und Silberwaren werden schnell und pünktlich erledigt bei

Karl Stirner, Bijouteriewerkstätte, Olgastr. 6 (Villa Linder).

Dieselbst ist ein Fahrrad zu verkaufen.

Schuld- u. Bürgscheine zu haben in der Geschäftsstelle ds. Bl.



Alle Musik-Instrumente für Haus und Orchester von den einfachsten bis zu den feinsten Rüstler-Instrumenten, alles Zubehör, Saiten usw. empf. in reichster Auswahl

Musikhaus Curth

Großhandel und Einzelverkauf Pforzheim, Leopoldstr. 17 Artaden Kiebaich — Hofbräu

